

35665/[21]

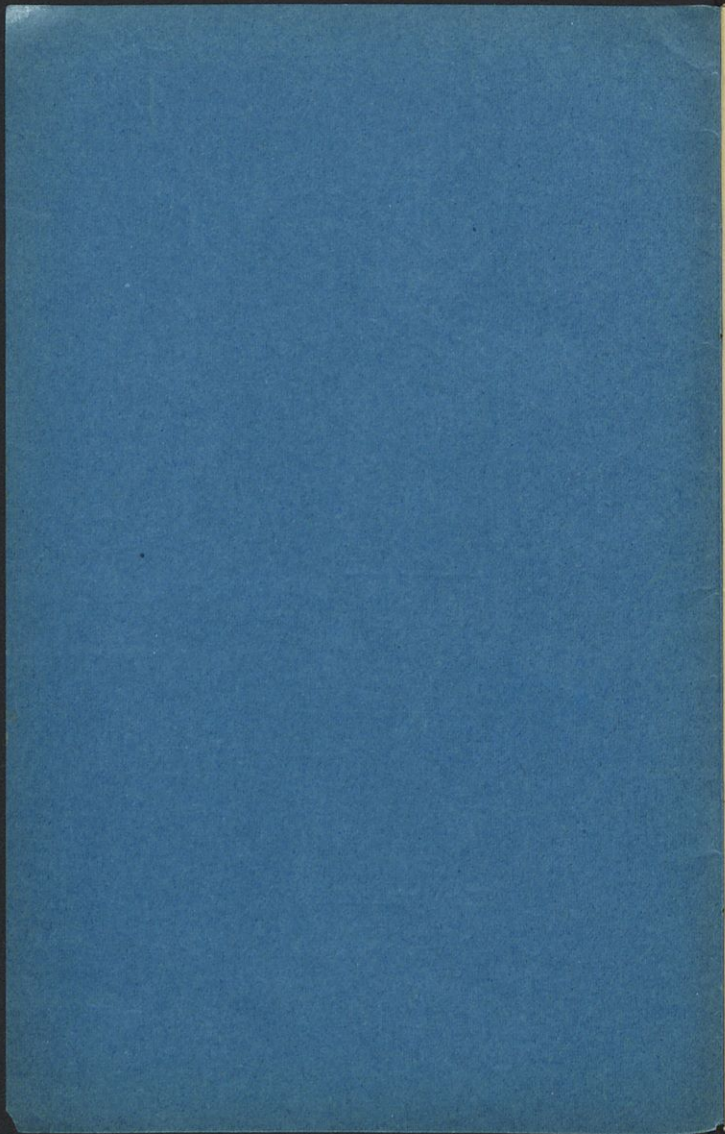
478  
1905

**Statut**  
für die Betriebs-Krankenkasse  
der Firma:  
**Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarkt**  
in Neumarkt, Krain.



Neumarkt, 1905.

Buchdruckerei von Jg. v. Kleinmann & Fed. Bamberg in Laidach.



# Statut

## für die Betriebs-Krankenkasse

der Firma:

### Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarktfl

### in Neumarktfl, Krain.

---

#### § 1. Name, Umfang und Sitz der Kasse.

Die Firma „Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarktfl“ zu Neumarktfl errichtet auf Grund des Gesetzes vom 30. März 1888, N. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, für ihr gesamtes Personal eine Betriebskrankenkasse.

Dieselbe führt den Namen „Krankenkasse für den Betrieb der Firma Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarktfl“ und hat ihren Sitz in Neumarktfl (Krain).

#### § 2. Mitgliedschaft.

Mitglieder der Betriebskrankenkasse werden alle von der Firma angestellten Arbeiter und Betriebsbeamte.

#### § 3. Beginn der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Eintritte in die betreffende Beschäftigung.

#### § 4. Ende der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft endet mit dem Austritte aus der Fabrik.

Kassemitglieder, welche aus der die Mitgliedschaft begründenden Beschäftigung ausscheiden und nicht zu einer

Beschäftigung übergehen, vermöge der sie Mitglieder einer andern Betriebskrankenkasse oder einer der sonstigen im § 11 des oben genannten Gesetzes bezeichneten Kassen werden, behalten für den Fall ihrer Erwerbslosigkeit, sofern sie die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder nicht verlassen, noch durch sechs Wochen die Mitgliedschaft und mit derselben das Anrecht auf die Leistung der Kasse.

### § 5. üblicher Taglohn.

Der übliche Taglohn wurde auf Grund der gesetzlichen Lohnkategorie für den Gerichtsbezirk Neumarkt festgesetzt, und zwar als Minimum:

A.	für männliche jugendliche Hilfsarbeiter . . .	fl. —· 30
B.	„ „ Arbeiter . . . . .	„ —· 60
C.	„ „ Vorarbeiter . . . . .	„ 1· —
D.	„ weibliche jugendliche Hilfsarbeiterinnen . . .	„ —· 25
E.	„ „ Arbeiterinnen . . . . .	„ —· 40

### § 6. An- und Abmeldung.

Die Firma hat die von ihr beschäftigten versicherungspflichtigen Personen spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung bei der Betriebskrankenkasse anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ebendasselbst abzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- 1.) den Vor- und Zunamen des Anzumeldenden,
- 2.) die Lohnkategorie,
- 3.) die Geburtsdaten,
- 4.) die Zeit des Eintrittes in die Beschäftigung, resp.

in die Betriebskrankenkasse.

Die Abmeldung hat zu enthalten:

- 1.) den Vor- und Zunamen des Abzumeldenden,
- 2.) den Zeitpunkt des Austrittes aus der Beschäftigung.

### § 7. Einlagebücher.

Die Mitglieder der Betriebskrankenkasse erhalten am ersten Zahltag nach ihrem Eintritte ein auf Namen lautendes Einlagebuch.

In dieses Einlagsbuch sind vom Rechnungs- und Kassenführer der Betriebskrankenkasse am 30. Juni und am 31. Dezember eines jeden Jahres, beziehungsweise beim Austritte aus der Kasse, die im verfloffenen Halbjahre gezahlten Mitgliedsbeiträge einzutragen. Die Beiträge der Betriebsbeamten und etwaigen Praktikanten werden nach jeder Zahlung im Einlagsbuche quittiert.

Der Verlust eines Einlagsbuches ist sofort bei der Betriebskrankenkasse anzuzeigen, welche hierüber die erforderlichen Erhebungen pflegen und nach Maßgabe des Ergebnisses derselben die Ausfertigung eines Duplikates veranlassen wird.

### § 8. Einkünfte der Betriebskrankenkasse.

Dieselben bestehen in:

- 1.) den Beiträgen der versicherungspflichtigen Mitglieder und des Arbeitsgebers,
- 2.) Strafgeldern und allfälligen sonstigen Einnahmen,
- 3.) den Zinsen der fruchtbringend angelegten Kassenbestände.

Von diesen Einnahmen sind für den Reservefond bestimmt (§ 18, Absatz 2):

- 1.) Der zur Bildung des Reservefondes gemäß § 27 des Gesetzes jährlich zu verwendende Betrag,
- 2.) die Straf gelder.

### § 9. Höhe der Beiträge.

Die Bemessung der Beiträge erfolgt nach jenem Lohne, welcher der Bemessung des Krankengeldes und der Beerdigungskosten zugrunde gelegt wird, und zwar zahlen die versicherungspflichtigen Mitglieder von jedem Gulden des bezeichneten Lohnes 2 $\frac{1}{2}$  Kreuzer, die Firma die Hälfte dieses Betrages.

Für Betriebsbeamte mit einem jährlichen Arbeitsverdienste von 1200 Gulden und darüber sowie für Praktikanten hat der Betriebsunternehmer keine Beiträge zu leisten. Die Genannten zahlen aus eigenen Mitteln die vollen Bei-

träge, das ist  $3\frac{3}{4}$  Prozent, und zwar die ersteren von einem täglichen Arbeitsverdienste von zwei Gulden und die letzteren von dem für jugendliche Arbeiter im § 5 festgesetzten „üblichen Taglohne“.

#### § 10. Art und Weise der Zahlung der Beiträge und ihre Berechnung.

Die Zahlung der im § 9 bezeichneten Beiträge der versicherungspflichtigen Mitglieder und der Firma erfolgt an jedem Zahltag nachhinein. Zu diesem Zwecke wird vom Rechnungs- und Kassenführer eine Zahlungsliste verfaßt, welche

- 1.) die Namen der Mitglieder,
- 2.) den von jedem derselben zu leistenden Beitrag,
- 3.) die Summe dieser Beiträge,
- 4.) den Beitrag der Firma und
- 5.) die Gesamtsumme aller Beiträge ausweist.

Diese Beiträge werden an jedem Zahltag der Firma in Berechnung und beziehungsweise den versicherungspflichtigen Mitgliedern in Abzug gebracht und vom Kassier übernommen.

#### § 11. Art und Umfang der Unterstützungen.

Als Krankenunterstützung wird gewährt für die Dauer der Krankheit, auch wenn sie die Folge eines Betriebsunfalles ist, jedoch nicht länger als durch zwanzig Wochen:

- 1.) vom Beginn der Krankheit an freie ärztliche Behandlung mit Inbegriff der notwendigen Heilmittel;
- 2.) im Falle die Krankheit mehr als drei Tage dauert und der Kranke erwerbsunfähig ist, vom Tage der Erkrankung an für jeden Tag ein Krankengeld in der Höhe von 60 Prozent des für den Betreffenden nach § 5 angenommenen „üblichen Taglohnes“;
- 3.) beim Ableben eines Mitgliedes die Beerdigungskosten in der zwanzigfachen Höhe dieses Taglohnes. Wöchnerinnen ist beim normalen Verlauf des Wochenbettes die Krankenunterstützung auf die Dauer von vier Wochen nach

ihrer Niederkunft zu gewähren; hat das Wochenbett eine längere Krankheitsdauer zur Folge, so erhält die Wöchnerin die Krankenunterstützungen auch weiterhin bis zur oben festgesetzten Maximaldauer.

Erkrankt ein genesenes Mitglied innerhalb acht Wochen wieder an derselben Krankheit, so wird die zweite Erkrankung bei Berechnung der Unterstützungen als Fortsetzung der ersten Krankheit betrachtet und behandelt.

Auch solche Mitglieder, welche zufolge ärztlicher Anordnung behufs Lokalisierung epidemischer Krankheitsfälle von der Arbeit ferne bleiben müssen, wenn selbe auch nicht selbst krank sind, haben für diese Zeit, längstens jedoch durch 20 Wochen, Anspruch auf die in Punkt 2 dieses Paragraphen festgesetzte Unterstützung.

#### § 12. Beginn des Anspruches auf Unterstützung.

Das Recht der Unterstützung beginnt mit dem Eintritte in die Beschäftigung.

#### § 13. Leistung der Unterstützungen.

Die ärztliche Behandlung der erkrankten Mitglieder erfolgt, von dem Falle der Spitalsbehandlung abgesehen, durch den Kassenarzt.

Kosten, welche durch die über Veranlassung des erkrankten Mitgliedes erfolgte Behandlung durch andere Ärzte erwachsen, werden von der Betriebskrankenkasse nur ersetzt, wenn diese Behandlung auf Anordnung oder mit Genehmigung des Vorstandes oder bei Gefahr im Verzuge geschehen ist.

Die Arzneien und sonstigen Heilmittel und therapeutischen Behelfe werden den Mitgliedern auf Anordnung des behandelnden Kassenarztes und gegen dessen Anweisung in der hiezu bestimmten Apotheke ausgefolgt.

Die Auszahlung des Krankengeldes findet an jedem Samstag für die abgelaufene Woche gegen Vorbringung eines Krankenscheines statt, welcher vom behandelnden Kassenarzte ausgestellt und von einem der als Vertrauens-

männer bestimmten Vorstandsmitglieder mit unterschrieben wird. Ein solcher Krankenschein hat außer dem Namen des Erkrankten die Bezeichnung der Krankheit und die Zahl der Tage, während welcher der Erkrankte arbeitsunfähig war, zu enthalten.

Im ersten Krankenscheine ist der Tag des Beginnes der Krankheit, im letzten der Tag des Wiedereintrittes der Arbeitsfähigkeit ersichtlich zu machen.

Bei Berechnung des Krankengeldes werden die Sonntage mitgezählt.

Für erkrankte Mitglieder, welche in einem Krankenhause untergebracht sind, geschieht die Ausstellung der Krankenscheine durch das Krankenhaus. Nach Abrechnung der Verpflegskosten im Krankenhause wird einem solchen Mitgliede der verbleibende Rest an Krankengeld ausbezahlt.

Hat der im Krankenhause Untergebrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, so ist für jene Zeit, während welcher die Kur und Verpflegung im Krankenhause auf Kosten der Krankenkasse erfolgt, von dieser letzteren die Hälfte des Krankengeldes zu leisten.

Die Beerdigungskosten für ein verstorbenes Mitglied werden gegen Vorbringung des Totenscheines gezahlt. Dieselben werden entweder dem hinterbliebenen Ehegatten oder denjenigen Hinterbliebenen ausbezahlt, welche das Begräbnis zu veranlassen haben. In allen anderen Fällen bestreitet die Betriebskrankenkasse die Kosten der Beerdigung bis zur Höhe des im § 11 festgesetzten Betrages.

#### § 14. Freie Kur und Verpflegung im Krankenhause.

An Stelle der im § 11, Punkt 1 und 2, angeführten Unterstützungen tritt auf Verfügung des Kassenarztes freie Kur und Verpflegung im Krankenhause und die freie Beförderung dahin.

Mitglieder, welche mit ihrem Ehegatten oder mit anderen Gliedern ihrer Familie im gemeinsamen Haushalte leben oder anderweitige häusliche Pflege genießen, können



nur mit ihrer Zustimmung in ein Krankenhaus überführt werden, es sei denn, daß die Überführung nach Ausspruch des Kassenarztes wegen der Art der Krankheit erfolgen muß.

Im Falle die Verpflegung in einer öffentlichen Krankenanstalt erfolgt, werden von der Betriebskrankenkasse die für Kur und Verpflegung nach der letzten Klasse entfallenden Kosten bis zur Dauer von vier Wochen der Krankenanstalt ersetzt. Von dieser Zeit an werden nur die statistischen Unterstützungen gewährleistet.

#### § 15. Besondere Vorschriften, betreffend die Leistung der Unterstützungen.

Kassemitglieder der im § 4, Absatz 2, bezeichneten Art, welche sich nicht am Orte der Betriebskrankenkasse, aber doch in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern aufhalten, haben die Krankenscheine von dem behandelnden Arzte und auf ihre eigenen Kosten ausstellen und von der Gemeindebehörde ihres Aufenthaltsortes beglaubigen zu lassen.

Mitglieder, welche sich die Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien und Raufhändeln oder durch Trunksucht zugezogen haben, können nur freie ärztliche Behandlung und den Medikamentenbezug beanspruchen.

Mitglieder, welche die Betriebskrankenkasse durch Simulation geschädigt haben, haben die doppelten Beiträge so lange zu zahlen, bis durch die Mehrleistung der verursachte Schaden gedeckt ist.

In allen Fällen, wo der Kassenarzt oder der bestellte Vertrauensmann Grund zur Annahme einer der im Absätze 2 dieses Paragraphen bezeichneten Krankheitsursachen findet, hat er dies auf dem Krankenscheine anzumerken.

#### § 16. Besondere Bestimmungen, betreffend die vorübergehend beschäftigten Arbeiter.

Wenn die Beschäftigung Versicherungspflichtiger ihrer Natur nach nur vorübergehend ist oder durch den Arbeitsvertrag im voraus auf einen Zeitraum von weniger als

einer Woche beschränkt wurde, so hat die Anmeldung sofort nach Antritt der Beschäftigung zu erfolgen.

Die Abmeldung kann entfallen, wenn in der Anmeldung die Dauer der Arbeitszeit angegeben war.

Im übrigen gelten bezüglich der im ersten Absätze bezeichneten, vorübergehend beschäftigten Arbeiter dieselben Bestimmungen wie für die dauernd Beschäftigten.

### § 17. Buchführung und Rechnungsabluß.

Die Buchführung der Betriebskrankenkasse erfolgt nach den Grundsätzen der einfachen Buchhaltung.

Mit 31. Dezember jedes Jahres sind die Bücher und Rechnungen der Kasse abzuschließen und ist bis 1. März des folgenden Jahres der Rechnungsabluß zusammenzustellen. Derselbe hat getrennt auszuweisen:

#### A. I n d e n E i n n a h m e n :

- 1.) die laufenden Beiträge der Mitglieder,
- 2.) die laufenden Beiträge der Firma,
- 3.) die sonstigen Einnahmen,
- 4.) die Zinsen der fruchtbringend angelegten Gelder,
- 5.) den eventuellen Kursgewinn an Effekten,
- 6.) den Reservefond am Schlusse des Vorjahres.

#### B. I n d e n A u s g a b e n :

- 1.) die gezahlten Krankengelder,
- 2.) die Kosten des Arztes und der Krankenkontrolle,
- 3.) die Ausgabe für Medikamente, Heilmittel zc.,
- 4.) die Spitalberpflegungskosten nebst den bezüglichen Transportkosten,
- 5.) die gezahlten Beerdigungskosten,
- 6.) die Verwaltungskosten,
- 7.) die sonstigen Ausgaben (Abschreibungen am Inventar zc.),
- 8.) den eventuellen Kursverlust an Effekten,
- 9.) den gegenwärtigen Reservefond.

Außerdem ist der Vermögensbestand und seine Anlage genau auszuweisen.

Insofern das Vermögen in Wertpapieren besteht, sind dieselben im Kurswerte mit Schluß des abgelaufenen Rechnungsjahres anzugeben.

Der Rechnungsabluß wird der Generalversammlung zur Entlastung vorgelegt.

Nach erfolgter Entlastung und spätestens bis Ende Mai ist der Rechnungsabluß der Aufsichtsbehörde vorzulegen. Überdies sind Nachweise beizuschließen, welche zu enthalten haben:

1.) den Mitgliederstand zu Anfang und Ende des Rechnungsjahres nach Altersklassen und nach der Art der Beschäftigung;

2.) die Anzahl der im Laufe des Rechnungsjahres vorgekommenen Erkrankungen und die Anzahl der wirklich ausbezahlten Krankentage:

a) nach dem Alter (Zeit der Geburt),

b) nach den verschiedenen Krankheitsformen und nach der Art der Beschäftigung der erkrankten Mitglieder, und endlich

3.) die vorgekommenen Sterbefälle mit Angabe:

a) des Alters (Zeit der Geburt) und

b) der Todesursache und der Art der Beschäftigung der verstorbenen Mitglieder.

Der Rechnungsabluß wird der Firma sowie sämtlichen Mitgliedern mitgeteilt.

### § 18. Reservefond.

Der Reservefond ist im Mindestbetrage der zweifachen durchschnittlichen Jahresausgabe der Kasse anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Die jährliche Zunahme des Reservefondes der Betriebskrankenkasse soll sich auf mindestens zwei Zehntel der jährlichen Kassebeiträge, mehr der Jahreseinnahme an Strafgeldern, belaufen.

Insolange die bezeichnete Minimalhöhe des Reservefondes der Betriebskrankenkasse nicht erreicht ist, kann in Gemäßheit des § 30, Absatz 2, des Gesetzes weder eine Er-

mäßigung der Beiträge, noch eine Erhöhung der Kassenleistungen beschlossen werden.

Ergibt sich, solange der Reservefond seine Minimalhöhe nicht erreicht hat, daß die Jahreszunahme des Reservefondes nicht den im zweiten Absätze dieses Paragraphen vorgeschriebenen Betrag erreicht oder hat durch Überschreitung der Ausgaben über die Einnahmen eine Verminderung des Reservefondes unter die vorgeschriebene Minimalhöhe stattgefunden, so hat eine Erhöhung der Beiträge einzutreten.

Im Falle zur Bestreitung der Mindestleistungen der Betriebskrankenkasse die Beiträge der Versicherungspflichtigen über drei Prozent des bei Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten Lohnbetrages erhöht werden müßten, leistet die Firma die erforderlichen Zuschüsse aus eigenen Mitteln.

Hat der Reservefond die Höhe der dreifachen durchschnittlichen Jahresausgaben erreicht, so tritt entweder eine entsprechende Ermäßigung der Beiträge oder unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 9 des Gesetzes eine Erhöhung der Kassenleistungen ein.

### § 19. Vermögensanlage.

Für die Anlage des Reservefondes sind die Bestimmungen über die Anlage von Pupillarvermögen maßgebend.

Das Vermögen der Kasse hat die Firma in Aufbewahrung. Im Falle dieselbe in Konkurs verfallen sollte, finden die im § 47, Punkt 9, des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter enthaltenen Bestimmungen Anwendung.

### § 20. Ersatzansprüche.

Die Verpflichtung der Betriebskrankenkasse zur Leistung der statutenmäßigen Unterstützungen besteht auch in dem Falle, wenn die Krankheit die Folge eines Betriebsunfalles ist. Hat die Betriebskrankenkasse in einem solchen Falle Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet, für

welchen dem Unterstüzten ein Anspruch an eine in Gemäßheit des Gesetzes vom 28. Dezember 1887, R. G. Bl. Nr. 1 ex 1888, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, bestehende Versicherungsanstalt zuzusteht, so geht dieser Anspruch bis zum Betrage der geleisteten Unterstützung und wenn die letztere ihn erreicht oder übersteigt, in seiner ganzen Höhe an die Betriebskrankenkasse über, welche allein zur Geltendmachung des übergegangenen Anspruches an die Versicherungsanstalt berechtigt ist.

Ansprüche, welche der Betriebskrankenkasse gegen den Betriebsunternehmer aus der Rechnungs- und Kasseführung erwachsen, werden von der Aufsichtsbehörde, in Vertretung der Kasse durch die Finanzprokurator, geltend gemacht.

### § 21. Verwaltungs- und Kontrollorgane der Kasse.

Die Angelegenheiten der Kasse werden durch den Vorstand und die Generalversammlung verwaltet.

Zur Besorgung der Rechnungs- und Kasseführung wird unter Verantwortlichkeit und auf Kosten des Betriebsunternehmers von demselben ein Rechnungs- und Kasseführer bestellt.

### § 22. Bildung und Amtsperiode des Kassenvorstandes.

Der Vorstand der Betriebskrankenkasse besteht:

- a) aus einem Vertreter der Firma als Obmann und dem Rechnungs- und Kasseführer, welcher zugleich Obmann-Stellvertreter ist. Beide werden auf die Dauer von zwei Jahren ernannt;
- b) aus vier von der Generalversammlung ohne Mitwirkung der Vertreter der Firma aus der Mitte der stimmberechtigten Kassemitglieder auf die Dauer von zwei Jahren gewählten Beisitzern.

Diese Wahl wird mittelst Stimmzetteln in einem Wahlgange in der Weise vorgenommen, daß jeder Wahlberechtigte so viele Namen auf einen Stimmzettel schreibt, als von ihm Mitglieder zu wählen sind.

Gewählt sind diejenigen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind.

Unter denjenigen, welche gleichviele Stimmen erhalten haben, entscheidet das Loß, welches von dem die Wahl Leitenden gezogen wird.

Die Wahl findet unter der Leitung des bisherigen Obmannes statt; nur die erste Wahl nach Errichtung der Kasse sowie spätere Wahlen, bei welchen ein Vorstand nicht anwesend ist, werden von einem Vertreter der Aufsichtsbehörde geleitet.

Scheidet ein Beisitzer (siehe Punkt b) vor Ablauf der statutenmäßigen Funktionszeit aus dem Vorstande aus, so findet in der nächsten Generalversammlung eine Ergänzungswahl statt. Der auf diese Weise Gewählte bleibt nur so lange im Amte, als die Funktionszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes noch gedauert hätte.

Vor jeder auf die erste Wahl folgenden Wahl hat der Vorstand das Verhältnis der vom Betriebsunternehmer aus eigenen Mitteln zu zahlenden Beiträge zu der Gesamtsumme der Beiträge festzustellen. Ergibt sich aus dieser Feststellung, daß die Beiträge des Arbeitgebers weniger als ein Drittel der Gesamtbeiträge ausmachen, so ist die Zahl der in den Vorstand zu wählenden Beisitzer (siehe Punkt b) der ausgemittelten Verhältniszahl entsprechend zu erhöhen. Eine entsprechende Herabsetzung der so festgestellten Zahl der Beisitzer muß erfolgen, wenn die vor einer späteren Neuwahl vorgenommene Feststellung ergibt, daß die Summe der Beiträge des Betriebsunternehmers die der letzten Feststellung zugrunde gelegte Verhältniszahl erheblich übersteigt; jedoch darf dem Betriebsunternehmer im Vorstande nie mehr als ein Drittel sämtlicher Stimmen zukommen.

### § 23. Geschäftsordnung des Vorstandes.

Der Vorstand hält vierteljährlich eine ordentliche Sitzung ab, der Obmann ist jedoch befugt, außerdem nach Bedarf außerordentliche Sitzungen anzuberäumen.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn sämtliche Vorstandsmitglieder von der Abhaltung der Sitzung verständigt

worden und mindestens die halbe Anzahl derselben, einschließlich des Obmannes oder Obmann-Stellvertreters, erschienen sind.

Die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder gefaßt.

Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Als solcher fungiert regelmäßig der Obmann, in seiner Verhinderung der Obmann-Stellvertreter.

Die gefaßten Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung und der in derselben Anwesenden in ein Protokollbuch einzutragen und von diesen zu unterzeichnen.

Sämtliche Mitglieder des Vorstandes üben ihre Funktionen unentgeltlich aus; sie haben jedoch Anspruch auf den Ersatz harter Auslagen, welche ihnen aus ihrer Funktion erwachsen.

#### § 24. Obliegenheiten des Vorstandes.

Dem Vorstande steht die gesamte Geschäftsführung und Vertretung der Betriebskrankenkasse mit Ausnahme jener Angelegenheiten zu, welche ausdrücklich der Beschlußfassung der Generalversammlung zugewiesen sind.

Seine Obliegenheiten sind insbesondere:

1.) die Überwachung der ordnungsmäßigen Einzahlungen der Beiträge;

2.) die Überwachung der von der Betriebskrankenkasse zu leistenden Unterstützungen;

3.) die Krankenkontrolle im Sinne dieses Statutes und die Bestimmung der strafweisen Beitragserhöhung für solche Mitglieder, welche die Betriebskrankenkasse durch Simulation geschädigt haben;

4.) die Anlage disponibler Gelder;

5.) die Bestellung des Arztes der Krankenkasse und Erteilung von Instruktionen an denselben;

6.) die Vorlage des Rechenschaftsberichtes und Rechnungsabschlusses sowie statutenmäßig von dem Vorstande zu stellende Anträge an die Generalversammlung;

7.) die Mitteilung des Rechenschaftsberichtes und Rechnungsabchlusses an die Mitglieder der Kasse;

8.) die Mitteilung des Rechenschaftsberichtes, des Rechnungsabchlusses und des Ergebnisses der Prüfung derselben an die Aufsichtsbehörde;

9.) die Einberufung der Generalversammlung und die Vollziehung der Beschlüsse derselben.

Der Obmann oder in dessen Verhinderung der Obmann-Stellvertreter hat die Krankenkasse gegenüber Behörden und dritten Personen zu vertreten.

### § 25. Überwachungsausschuß.

Zur Kontrolle der Geschäftsführung wird alljährlich ein Überwachungsausschuß gebildet.

Derselbe besteht:

- a) aus einem Vertreter der Firma, welcher von der Leitern ernannt wird;
- b) aus zwei von der Generalversammlung ohne Mitwirkung der Vertreter der Firma aus der Mitte der stimmberechtigten Kassemitglieder gewählten Mitgliedern.

Wenn in der Folge eine Änderung in der Anzahl der Kassemitglieder im Vorstande Platz greift (siehe § 22), so ist in entsprechender Weise auch die Zusammensetzung des Überwachungsausschusses derart abzuändern, daß die Firma und die Kassemitglieder im Überwachungsausschusse in demselben Verhältnisse vertreten sind wie im Vorstande.

Die Mitglieder des Überwachungsausschusses sind für das auf das Funktionsjahr unmittelbar folgende Jahr nicht wieder wählbar.

Der Überwachungsausschuß ist berufen, über die genaue Einhaltung des Statutes der Krankenkasse zu wachen, die Buchführung periodisch zu untersuchen, die Kasse zu kontrollieren, den Rechnungsabluß zu prüfen und über den Befund an die Generalversammlung Bericht zu erstatten.



Er hat das Recht, den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme anzuwohnen und auf Grund einstimmigen Beschlusses eine Generalversammlung einberufen zu lassen.

### § 26. Generalversammlung.

Die ordentliche Generalversammlung wird vom Vorstande alljährlich im Monate März, eine außerordentliche nach Bedarf, jede aber mindestens acht Tage vorher durch Anschlag in den Fabriksälen einberufen.

In der Einladung sind die Verhandlungsgegenstände der Generalversammlung bekanntzugeben.

Die Generalversammlung besteht:

- a) aus den von den eigenberechtigten Kassemitgliedern auf die Dauer von zwei Jahren gewählten Delegierten;
- b) aus Vertretern der Firma, welche von derselben auf die Dauer von zwei Jahren ernannt werden.

Die Vertreter der Firma haben zusammen ein Drittel der Stimmen in der Generalversammlung, und zwar führen dieselben für je zwei Delegierte der Generalversammlung eine Stimme.

Nach Ablauf von je zwei Jahren wird, sofern in dem Verhältnisse der vom Arbeitgeber zu leistenden Beiträge zu den Gesamtbeiträgen eine erhebliche Änderung eingetreten ist, der Vorstand nach diesem Verhältnisse das Verhältnis der Stimmen der Vertreter der Firma zur Anzahl der Stimmen der Delegierten der Kassemitglieder festsetzen, wobei jedoch zu beachten ist, daß der Firma mehr als ein Drittel der Stimmen in der Generalversammlung in keinem Falle zukommen darf.

### § 27. Obliegenheiten und Geschäftsordnung der Generalversammlung.

Der Beschlußfassung der Generalversammlung sind vorbehalten:

- 1.) die Wahl von vier Vorstandsmitgliedern;
- 2.) die Wahl des Überwachungsausschusses;
- 3.) die Wahl der Mitglieder des Schiedsgerichtes;

- 4.) die Änderungen der Statuten;
- 5.) die Beschlußfassung über den Jahresbericht des Vorstandes und die Entlastung des letzteren;
- 6.) die Verfolgung von Ansprüchen, welche der Kasse gegen Mitglieder des Vorstandes oder des Überwachungsausschusses aus deren Amtsführung erwachsen, und die Wahl der zur Verfolgung dieser Ansprüche Beauftragten;
- 7.) die Beschlußfassung über die Auflösung der Kasse, vorbehaltlich der behördlichen Genehmigung.

Bei den Wahlen zu 1., 2. und 6. ruhen die Stimmen der Vertreter der Firma. Die Verhandlungen werden in Abwesenheit derselben von einem von der Generalversammlung zu wählenden Vorsitzenden, sonst von einem von der Firma bezeichneten Vertreter geleitet.

Wird die Entlastung des Vorstandes von der Generalversammlung verweigert, so ist ein neuer Vorstand zu bilden, welcher die Gebarung des früheren Vorstandes zu untersuchen, nötigenfalls die erforderlichen gesetzlichen Schritte gegen denselben einzuleiten und darüber an die nächste Generalversammlung zu berichten hat.

Die Generalversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens 20 Delegierte der Kassemitglieder anwesend sind.

Im Falle diese Anzahl sich nicht einfindet, ist binnen vier Wochen eine zweite Generalversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlußfähig ist.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Bei Stimmengleichheit gilt die Meinung, für welche der Vorsitzende gestimmt hat.

#### § 28. Besondere Bestimmungen über Statutenänderungen.

Zur Beschlußfassung über Änderungen der Statuten, mit Ausnahme der gesetzlich zulässigen Änderung der Beiträge und zur Beschlußfassung über die Auflösung der Kasse, ist die Majorität von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Gesetzlich zulässige Änderungen der Beiträge bedürfen nur der absoluten Majorität.

Zur Erhöhung der Beiträge, sofern sie den versicherungspflichtigen Mitgliedern zur Last fallen, über zwei Prozent und bis drei Prozent des bei der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegten Lohnbetrages zum Zwecke der Gewährung von über das gesetzliche Mindestausmaß hinausgehenden Leistungen sowie zur Ermäßigung der Beiträge oder zur Erhöhung der Kasseleistungen in dem in § 18, Absatz 5, vorgesehenen Falle ist die Zustimmung der Firma nötig, und muß diese Erhöhung in der Generalversammlung ohne Mitwirkung der Vertreter der Firma von den Delegierten der eigenberechtigten Kassemitglieder mit absoluter Majorität beschloffen werden.

Mit Ausnahme des im § 47, Punkt 8, des Gesetzes (siehe § 18, Absatz 5 dieses Statutes) bezeichneten Falles kann endlich das Verhältnis der Beitragsleistung der versicherungspflichtigen Mitglieder zu jener der Firma zugunsten der ersteren nur dann abgeändert werden, wenn die Firma ihre Zustimmung gibt und wenn dies in der Generalversammlung ohne Mitwirkung der Vertreter der Firma von den Delegierten der eigenberechtigten Kassemitglieder mit absoluter Majorität beschloffen worden ist.

### § 29. Schiedsgericht.

Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern, welche von der Generalversammlung gewählt werden.

Dieselben wählen unter sich einen Obmann.

Die Mitglieder des Schiedsgerichtes dürfen weder dem Vorstande noch dem Überwachungsausschusse angehören.

Das Schiedsgericht entscheidet:

1.) über Streitigkeiten, welche zwischen den versicherten Personen und dem Kassenvorstande über Unterstützungsansprüche entstehen;

2.) über Beschwerden gegen Verfügungen des Kassenvorstandes, mit welchen Mitgliedern wegen Schädigung der Kasse durch Simulation strafweise eine erhöhte Beitragsleistung (siehe § 15) auferlegt wird.

Derartige Beschwerden müssen innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen nach Zustellung der Entscheidung des Kassenvorstandes erhoben werden.

Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit.

Scheidet ein Mitglied des Schiedsgerichtes vor Ablauf seiner statutenmäßigen Funktionszeit aus dem Schiedsgerichte aus, so wählen die übrigbleibenden Mitglieder desselben für den Rest der Funktionszeit einen Ersatzmann.

### § 30. Bekanntmachungen.

Alle die Kasse betreffenden Bekanntmachungen werden durch Anschläge verlautbart.

### § 31. Auflösung der Betriebskrankenkasse.

Im Falle der Auflösung der Kasse ist das vorhandene Vermögen zunächst zur Berichtigung etwa vorhandener Schulden sowie zur Deckung der vor der Auflösung bereits entstandenen Unterstützungsansprüche zu verwenden.

Der Rest, soweit derselbe das gesetzliche Ausmaß des Reservefondes nicht übersteigt, wird unter diejenigen Krankenkassen verhältnismäßig verteilt, in welche die der aufgelösten Kasse angehörigen Mitglieder eintreten.

Verbleibt hierauf noch ein Überschuß, so wird derselbe nach Maßgabe der bisher geleisteten Beiträge unter die Mitglieder verteilt.

Ergibt sich, daß die zur Deckung bereits entstandener Unterstützungsansprüche erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind, so hat der Betriebsunternehmer für den Abgang aufzukommen.

### § 32. Staatliche Aufsicht.

Die Kasse unterliegt der staatlichen Beaufsichtigung durch die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Krainburg nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes.

---

Z. 5972.

Genehmiget im Sinne der §§ 14 und 47 des Gesetzes vom 30. März 1888, Nr. 33 R. G. Bl.

**K. k. Landesregierung für Brain.**

Laibach am 28. Mai 1889.

(L. S.)

Der k. k. Landespräsident:

Winkler m. p.

---

Z. 10.549.

Der Zusatz zu § 11 vorstehenden Statutes wird genehmigt.

**K. k. Landesregierung für Brain.**

Laibach am 22. Juli 1898.

(L. S.)

Für den k. k. Landespräsidenten:

Schemerl m. p.

---

Z. 3940.

Die Änderung des § 9 des vorstehenden Statutes wird hiemit genehmigt.

**K. k. Landesregierung für Brain.**

Laibach am 25. März 1905.

(L. S.)

Für den k. k. Landespräsidenten:

Schaffgotsch m. p.



# Pravila

## za obrtno bolniško blagajnico

tvrdke (firme):

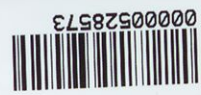
„Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarkt“

v Trziči, Kranjsko.



V Trziči, 1905.

Natisnila Ig. pl. Kleinmayr & Fed. Bamberg v Ljubljani.



00000528573

NARODNA IN UNIVERZITETNA  
KNJIZNICA



# Pravila

## za obrtno bolniško blagajnico

tvrdke (firme):

**„Baumwoll-Spinnerei und Weberei Neumarktl“**  
v Tržiči, Kranjsko.

---

### § 1. Ime, obseg in sedež blagajnice.

Tvrdka: „Baumwoll - Spinnerei und Weberei Neumarktl“ v Tržiči ustanovi na podlagi postave z dne 30. marca 1888, drž. zak. št. 33, bolniško zavarovanje delavcev, za vse svoje osobje obrtno bolniško blagajnico.

Ta ima ime „Bolniška blagajnica za opravila tvrdke: Bombaževa prejnica in tkalnica v Tržiči“ in ima svoj sedež v Tržiči (Kranjsko).

### § 2. Društvenstvo.

Člani obrtne bolniške blagajnice so vsi delavci in upravni uradniki, katere nastavi tvrdka.

### § 3. Začetek društvenstva.

Društvenstvo se prične z vstopom v zadevajoče opravilo.

### § 4. Konec društvenstva.

Društvenstvo se konča z izstopom iz tovarne.

Blagajniški člani, kateri iz društvenstva izstopijo in si ne poiščejo opravila, vsled katerega bi postali ali člani

kake druge obrtne bolniške blagajnice ali kake druge v § 11. navedenih pravil označene blagajnice, obdržé v slučaji, ako bi bili brez dela, in če ne zapusté kraljestev in dežel v državnem zboru zastopanih, društvenstvo še šest tednov in s tem tudi pravico do blagajniške oprave.

### § 5. Navadna dnina.

Navadna dnina ustanovila se je na podlagi postavne plačilne vrste za sodnijski okraj tržiški, in sicer kot najmanj:

- |   |        |
|---|--------|
| a) za moške mladostne pomočne delavce . gold.   | —·30   |
| b) „ „ delavce . . . . .                        | „ —·60 |
| c) „ „ „ ki delo pričenjajo . . . . .           | „ 1·—  |
| d) „ ženske mladostne pomočne delavke . . . . . | „ —·25 |
| e) „ „ delavke . . . . .                        | „ —·40 |

### § 6. Oglasilo in odpoved.

Tvrdba mora vse svoje delajoče osebe, ki so dolžne zavarovati se, vsaj tretji dan po pričetku opravila pri obrtni bolniški blagajnici oglasiti in najpozneje tretji dan po končanji dela ravno tam odpovedati.

Oglasilo naj obsega:

- 1.) ime in priimek tistega, ki se oglasi;
- 2.) plačilno vrsto;
- 3.) dan in leto rojstva;
- 4.) čas vstopa v delo, oziroma v bolniško blagajnico.

Odpoved naj obsega:

- 1.) ime in priimek tistega, ki se odpové;
- 2.) čas izstopa iz dela.

### § 7. Vložne knjižice.

Člani obrtne bolniške blagajnice dobijo prvi plačilni dan po svojem vstopu na ime glasečo se vložno knjižico.

V to vložno knjižico naj zapišeta računovodja in blagajnik bolniške blagajnice 30. junija in 31. decembra

vsacega leta, oziroma pri izstopu iz blagajnice, članove doneske, kar jih je pretečenega poluleta plačal.

Doneski upravnih uradnikov in znabitnih vajencev (praktikantov), potrdijo se pri vsakem plačilu v njih vložne knjižice.

Ako se vložna knjižica izgubi, naj se to takoj pri bolniški blagajnici naznani, katera potem potrebno ukrene in se po okoliščinah izida druga knjižica (duplikat) napravi.

### § 8. Dohodke obrtne bolniške blagajnice.

Ti so:

1.) Doneski društvenikov, ki se morajo zavarovati, in doneski delodajalca;

2.) glôbe in drugi vsakovrstni prejemki;

3.) obresti od naloženega denarja.

Od teh prejerkov so določeni za založni (reservni) zaklad (§ 18., odstavek 2):

1.) za napravo založnega zaklada po postavi § 27. vsaki upotrebljajoči znesek;

2.) glôbe.

### § 9. Višina doneskov.

Doneski ravnajo se po isti plači, ki služi pri merilu bolniškega denarja in pogrebščine kot temelj, in sicer plačajo društveniki, ki so dolžni zavarovati se, od vsacega goldinarja omenjene plače  $2\frac{1}{2}$  kr., tvrdka pa polovico tega zneska.

Za upravne uradnike, ki imajo na leto 1200 gold. in več plače, kakor tudi za praktikante ne daje obrtni podjetnik nikakršnega doneska. Imenovani plačujejo sami od svoje plače polni donesek, to je  $3\frac{3}{4}$  odstotke, in sicer prvi od svojega dnevnega zaslužka 2 gold., zadnji pa od navadne, za mladostne delavce določene dnine.

### § 10. Način plačevanja doneskov in njihovo zaračunjanje.

Plačujejo se v § 9. navedeni doneski zavarovanih društvenikov in tvrdke vsak plačilni dan nazaj.

V svrhu napravita računovodja in blagajnik plačilni imenik, v katerem se nahaja:

- 1.) ime društvenikov;
- 2.) donesek, kateri mora vsak dajati;
- 3.) vsota teh doneskov;
- 4.) donesek tvrdke in
- 5.) skupna vsota vseh doneskov.

Ti doneski se vsak dan, kadar tvrdka izplačuje, zaračunajo, oziroma zavarovanju podvrženim društvenikom odbijejo in blagajniku izročé.

### § 11. Način in obseg podpor.

Bolniška podpora dovoli se za čas bolezni, in tudi takrat, ako se je kdo pri delu ponesrečil, vender ne dlje kakor dvajset tednov:

1.) za ves čas bolezni prosto zdravniško pomoč z zdravili vred;

2.) ako bi bolezen dalje trajala kakor tri dni in je bolnik nezmožen delati, od dneva obolenja pričešni za vsak dan po 60 odstotkov od njegove v § 5. določene navadne dnine;

3.) ako društvenik umré, dobi za pogrebščino dvajsetkratno dnino. Otročnice dobé po pravilnem preteku otročje postelje bolniško podporo skozi štiri tedne po porodu. Ako je pa porodnica v otročji postelji obolela, dobi podporo še nadalje do pretoka dvajsetih tednov.

Ako oboli bivši društvenik v osmih tednih za ravno isto boleznijo, smatra se to obolenje pri računanji podpor kot nadaljevanje prve bolezni.

Tudi oni člani, kateri morajo na zdravniški ukaz, da se prepreči raznos nalezljivih bolezni izostati od dela, akoravno niso sami bolni, imajo za ta čas, najdalje pa zkozi 20 tednov, pravico do podpore, navedene v točki 2 tega odstavka.

### § 12. Pričetek pravic do podpore.

Pravica do podpore prične se z vstopom v delo.

### § 13. Oprava podpor.

Zdravljenje obolelega društvenika vrši se, ako se ne zdravi v kaki bolnici, po blagajniškem zdravniku.

Troške, kateri so narastli pri zdravljenji kakega obolelega društvenika po kakem drugem zdravniku, povrne obrtna bolniška blagajnica le takrat, ako je dovolil to zdravljenje predsednik, ali če je nevarno bilo odlagati. Zdravila in terapevtične pripomočke dobivali bodo društveniki po naročilu zdravečega blagajniškega zdravnika in po njegovem naukazu v za to določeni lekarni.

Izplačilo bolniščine vrši se vsako soboto pretečenega tedna proti izkazu bolniškega lista, kateri je spisal zdraveči zdravnik in ga je jeden zaupnih mož podpisal.

V tak bolniški list naj se zapiše razen imena bolnikovega tudi bolezen in število dni, katere je bil bolnik nezmožen za delo.

Pri obračunavanji bolniščine vštejejo se tudi nedelje.

Za obolele društvenike, ki so v kaki bolnici, napravi se bolniški list po bolnici.

Po obračunjenji oskrbovalnih troškov v bolnici se takemu društveniku ostala svota bolniščine izplača.

Ima ta, ki je v bolnici, domače in se je do sedaj s svojim lastnim zaslužkom preživil, plača za isti čas, dokler se je zdravljenje in postrežba v bolnici na troške bolniške blagajnice vršila, bolniška blagajnica le polovico bolniščine.

Troški za progreb umrlega društvenika izplačajo se po izkazu mrtvaškega lista. Ti se izplačajo ali zapuščenemu soprogu (soprog) ali istim zapuščenim, ki pokop povzročé.

V vseh drugih slučajih plača bolniška blagajnica progrebne troške v po § 11. določenem znesku.

### § 14. Prosto zdravljenje in postrežba v bolnici.

Namesto v § 11. pod točkama 1.) in 2.) omenjenih podpor dobi po naredbi blagajniškega zdravnika prosto zdravljenje in postrežbo v bolnici in prosto prepeljatev tja.

Društveniki, ki imajo s svojim zakonskim družetom ali s kakim drugim članom svoje družine domače ognjišče ali kako drugačo domačo postrežbo uživajo, morejo se le v bolnico prepeljati, ako sami privolijo, drugače je, ako se mora na izrek blagajniškega zdravnika zaradi načina bolezni prepeljanje izvršiti.

V slučaji, da se postrežba v kaki javni bolnici godi, povrne obrtna bolniška blagajnica za zdravljenje in postrežbo v najnižji razred spadajoče troške. Od tega časa počenši dovoljujejo se le v pravih navedene podpore.

#### § 15. Posebni predpisi, zadevajoči podporno opravo.

Blagajniški člani v § 4. pod točko 2 omenjenega načina, ki ne bivajo tam, kjer ima blagajnica svoj sedež, a so vender v kraljestvih in deželah, v državnem zboru zastopanih, morajo si pustiti po zdravečem zdravniku na svoje lastne troške bolniške liste izdelati in občinskemu oblastvu svojega bivališča v potrdilo predložiti.

Društveniki, ki so se nalašč poškodovali, ali pri kakem pretepu ali v pijanosti po svoji lastni krivdi poškodovani bili, morejo samo prosto zdravniško zdravljenje in zdravila zahtevati.

Društveniki, ki so bolniško blagajnico s potuhnjenostjo odškodovali, morajo dvojnate doneske toliko časa plačevati, da se vsa storjena škoda poravna.

V vseh slučaji, kadar daje blagajniškemu zdravniku ali za to imenovanemu zaupnemu možu povod k slutenju v oddelku 2. tega odstavka omenjenih bolezni, naj se to na bolniškem listu opomni.

#### § 16. Posebne določbe, zadevajoče mimoidoče delavce.

Ako je opravilo tistih, ki imajo dolžnost zavarovati se, po naravi le mimoidoče, ali če se je delavna pogodba naprej na dōbo menj od jednega tedna omejila, mora se oglašilo takoj po nastopu dela zgoditi. Odpoved more izostati, ako se je v oglasilu trajanje delavnega časa naznanilo.

Sicer pa veljajo v prvem oddelku omenjene, za mimosede delavne moči ravno tiste določbe, kakor za tiste, ki trajno delajo.

### § 17. Knjigovodstvo in računski sklep.

Knjigovodstvo bolniške blagajnice godi se po glavnih vodilih jednostavnega knjigovodstva. Z 31. decembrom vsacega leta sklenejo se blagajniške knjige in računi ter se sestavijo računski sklepi do 1. marca prihodnjega leta.

V teh naj se razvidi separatno:

#### A. V prejemkih:

- 1.) Tekoči doneski društvenikov;
- 2.) tekoči doneski tvrdke;
- 3.) drugi prejemki;
- 4.) obresti plodonosno naloženega denarja;
- 5.) mogoči kursni dobiček v državnih papirjih;
- 6.) založni zaklad koncem pretečenega leta.

#### B. V troških:

- 1.) Plačana bolniščina;
- 2.) zdravniški troški in bolniškega nadzorstva;
- 3.) troški za zdravila in celila;
- 4.) izdavanje bolnične postrežbe z dotičnimi prenosi;
- 5.) izplačani troški za pogrebščino;
- 6.) upravni troški;
- 7.) drugo izdavanje (prepisavanje inventara i. t. d.);
- 8.) mogoča kursna izguba v državnih papirjih;
- 9.) obstoječi založni zaklad.

Razen tega naj se stan premoženja in njegova osnova natanko izkaže.

Dokler obstoji premoženje v vrednostnih papirjih, naj se isto v kursni vrednosti koncem pretečenega upravnega leta naznani.

Računski sklep se glavnemu shodu v razbremenitev predloži. Po dovršeni razbremenitvi in najpozneje do konca maja predloži naj se računski sklep nadzorništvu.

Razen tega naj se izkazi priložijo, kateri imajo obsegati:

1.) stanje družstvenikov v pričetku in koncem upravnega leta po letnih vrstah in po načinu opravila;

2.) število v teku upravnega leta nahajajočih obolenj in število resnično izplačanih bolniških dni:

a) po starosti (čas rojstva),

b) po mnogovrstnih kakovostih bolezni in po načinu opravila obolelega družstvenika, in slednjič

3.) pripetili slučaji smrti s podatkom:

a) starosti (čas rojstva) in

b) uzroka smrti in načina opravila umrlega družstvenika.

Računski sklep se naznani tvrdki kakor tudi vsem družstvenikom.

#### § 18. Založni (reservni) zaklad.

Založni zaklad naj je vsaj jedenkrat tolik, kakor je povprečno letno izdavanje, in naj se, ako je treba, do te višine dopolni.

Vsaki letni naraščaj založnega zaklada bolniške blagajnice naj znaša najmanj dve desetini vsakoletnih blagajniških doneskov, več letne prejemanke glób.

Dokler se omenjena najmanjša višina založnega zaklada boniške blagajnice ne doseže, ne more se po § 30., oddelek 2. tega zakona ne znižanje ne povišanje blagajniških doneskov ukreniti. Se li pripeti, dokler založni zaklad svoje najmanje višine ni dosegel, da letni naraščaj založnega zaklada ni v drugem oddelku tega odstavka predpisanega zneska dosegel ali se je po prepisu izdavanj o dohodkih založni zaklad pod predpisano najmanjšo višino zmanjšal, ima se povišanje doneskov vpeljati.

V slučajih, da bi se morali doneski najnižjega plačevanja onih, ki imajo dolžnost zavarovati se, čez 3 odstotke pri obračunavanji bolniščine povišati, plača potrebne prilade tvrdka sama. Če se je založni zaklad trikratno od povprečnih letnih izdavanj povišal, se ali doneski primerno znižajo, ali pa se z ozirom na predpise § 9. tega ukaza blagajniška oprava poviša.



### § 19. Osnova premoženja.

Za osnovo založnega zaklada merodajne so določbe po osnovi sirotinskega (pupilarnega) premoženja.

Blagajniško premoženje hrani tvrdka.

V slučaju, da bi ona prišla v konkurs, porabijo se v § 47., pod točko 9 ukaza o zavarovanji delavnih moči omenjene določbe.

### § 20. Pravica do povračila.

Dolžnost bolniške blagajnice za izvršitev postavnih podpor obstoji tudi v tem slučaju, ako bi bila bolezen nasledek kake nesreče pri delu. Če je bolniška blagajnica v takem slučaju podpore za neko dōbo dajala, do katerih ima podpirajoči pravico v smislu postave 28. decembra 1887, drž. zak. št. 1 iz 1888, zadevajoč zavarovanje nesreč delavcev obstoječe zavarovalnice, prehaja ta zahteva do zneska dane pōdpore in če jo zadnji dosežejo ali presežejo v vsej svojej višini, na delovršbeno bolniško blagajnico, katera sama je pooblašćena za dokazovanje prehajajoće pravice do zavarovalnice.

Pravice, katere bolniški blagajnici proti obrtnemu podjetniku iz računovodstva naraščajo, naredi nadzorništvo namestovaje blagajnico po finanćni prokuraturi veljavne.

### § 21. Upravno in pregledovalno blagajniško osebje.

Blagajniška opravila oskrbuje predstojništvo in glavni shod.

Za oskrbovanje računovodstva postavi blagajnika in računovodjo obrtni podjetnik na svoje troške in odgovornost v službo.

### § 22. Ustanovitev in službeni čas blagajniškega predstojništva.

Predstojništvo bolniške blagajnice je:

- a) zastopnik tvrdke kot načelnik, računovodja in blagajnik, kateri je ob enem načelnikov namestnik. Oba voli tvrdka na dōbo dveh let;

b) štirje prisedniki, katere voli glavni shod, ne da bi zastopniki tvrdke glasovali, iz srede blagajniških članov, ki imajo pravico voliti, na dōbo dveh let.

Ta volitev naj se vrši z listki tako, da vsak volilec toliko imen na listek zapiše, kolikor članov sme voliti.

Izvoljeni so tisti, ki dobē največ glasov. Jednakoglasje odloči Źreb.

Volitev vodi dosedanji načelnik, le prvo volitev po ustanovitvi blagajnice, kakor poznejše volitve, pri katerih načelnik ni navzoč, vodi kak zastopnik nadzornega oblastva.

Izstopi kak prisednik (glej točko b) pred pretekom opravilne upravne dōbe iz predstojništva, vrši se pri prvem glavnem shodu dopolnilna volitev. Na ta način izvoljeni ostane pa le toliko časa v službi, dokler bi bila upravislna dōba izstopivšega člana trajala.

Pred vsako po prvi volitvi sledečo volitvijo ima predsednik določiti razmerje doneskov, katere mora obrtni podjetnik iz svojega k vsej svoti doneskov plačati.

Ako se pripeti iz te določbe, da doneski delodajalca manje znesejo kakor tretjino skupnih doneskov, naj se število prisednikov v predstojništvo primerno pomnoži. (Glej točko b.) Primerno znižanje določenega števila prisednikov more se zgoditi, če je pred poznejšo novo volitvijo izid tak, da svota doneskov obrtnega podjetnika kot temelj postavljeno razmerno število zadnje določbe znamenito prekorači; vender ne sme obrtni podjetnik v predstojništvu nikoli več kot jedno tretjino vseh glasov dobiti.

### § 23. Opravilni red predstojništva.

Predstojništvo skliče vsako četrtletje redno sejo. Načelnik pa je vender pooblaščen, vrh tega, ako je treba, sklicati izvanredne seje.

Predstojništvo je sklepčno, ako je bila seja vsem članom predstojništva naznanjena in je bila najmanj polovica teh z načelnikom in načelnikovim namestnikom vred prisotna. Sklepa se z večino glasov navzočih članov predstojništva. Pri jednakoglasji odloči predsednikov glas.

Ko tak je vedno načelnik, ako je zadržan pa njegov namestnik.

Sklepi naj se zapišejo v zapisnik in doda naj se dan séje in vsi navzoči naj se podpišejo.

Vsi člani predstojništva izvršujejo svoja opravila brezplačno; vender imajo pravico zahtevati, kar so zaradi svojih opravil v gotovem denarji izdali.

#### § 24. Dolžnosti predstojništva.

Predstojništvo ima pravico vse opravilstvo in zastopstvo delovršbene bolniške blagajnice voditi, izvzeta so le ona opravila, katera so izrecno sklepanju glavnega shoda odkazana.

Njegove dolžnosti so posebno:

- 1.) čuvati, da se doneski redno plačujejo;
- 2.) čuvati, da bolniška blagajnica podpore opravlja;
- 3.) bolniški prigled v zmislu teh pravil in ima povišati kazenske doneske tacih društvenikov, ki so bolniško blagajnico s potuhnjenostjo oškodovali;
- 4.) naložitev denarja, ki je na razpolaganje;
- 5.) poklicati bolniškega zdravnika in mu dajati poročila (instrukcije);
- 6.) predložiti in poročati obračun in računski sklep kakor tudi po pravilih staviti predloge glavnemu shodu;
- 7.) da se dá na znanje obračun in računski sklep blagajniškim članom;
- 8.) da se dá na znanje obračun, računski sklep in posledek pregleda nadzorništvu;
- 9.) da skliče glavni shod in da se njegovi sklepi zvršé.

Načelnik ali, če je ta zadržan, njegov namestnik zastopa bolniško blagajnico nasproti oblastvom ali tretjim osobam.

#### § 25. Nadzorni odbor.

V prigled (kontrolno) opravilstva voli se vsako leto nadzorni odbor.

Ta obstoji:

- a) Iz zastopnika tvrdke, katerega zadnja imenuje;
- b) iz dveh članov, katera voli glavni shod iz srede blagajniških članov, ki imajo pravico voliti, ne da bi tvrdkini zastopniki kaj volili. Če bi v prihodnje kaka izprememba v številu blagajniških udov v predsedništvu nastala (glej § 22.) se tudi primerno sestava nadzornega odbora tako premeni, da so tvrdka in blagajniški člani v nadzornem odboru v ravno istem razmerju zastopani kakor v predsedništvu.

Člani nadzornega odbora ne smejo se po preteku opravnega leta takoj za drugo opravilno dōbo voliti.

Nadzorni odbor je pooblaščen, da se pravila bolniške blagajnice natančno izpolnjujejo, knjigovodstvo občasno (perijodično) preiskuje, blagajnico, računski sklep pregleda ter izvid glavnemu shodu naznanijo.

Nadzorni odbor ima tudi pravico, vdeležiti se sēj predsedništva s posvetovalnim glasom in na podlagi jednoglasnega sklepa glavni shod sklicati.

### § 26. Glavni shod.

Redni glavni shod predstojništvo vsako leto marca meseca, izvanrednega po potrebi, a vsak naj se najmanj osem dni pred po nabitem naznanilu skliče.

V povabilu naj se dajo predmeti, kateri se bodo obravnavali, glavnemu shodu na znanje.

Glavni shod obstoji:

- a) iz izvoljenih odposlancev, katere so samosvojni blagajniški člani za čas dveh let izvolili;
- b) iz zastopnikov tvrdke, katere ona za čas dveh let imenuje.

Zastopniki tvrdke imajo skup v glavnemu shodu tretjino glasov, in sicer dobē oni za vsaka dva glasa odposlanca glavnega shoda jeden glas.

Po preteku dveh let, ako so v razmerju delodajalčevi doneski k skupnim doneskom znatne premembe nastale, določi predstojništvo po tem razmerju razmerje glasov za-

stopnikov tvrdke k številu glasov odposlancev blagajniških članov, pri čemur je vendar paziti, da tvrdka v glavnem shodu na noben način ne sme več kot tretjino glasov imeti.

### § 27. Dolžnosti in pravilni red glavnega shoda.

Sklepčnost glavnega shoda si pridrži:

- 1.) volitev štirih članov v predstojništvo;
- 2.) volitev nadzornega odbora;
- 3.) volitev članov v razsodišče;
- 4.) prenarediti pravila;
- 5.) sklepati o letnem poročilu predsedništva in ga razpustiti;
- 6.) zasledovati zahteve, katere so blagajnici proti predstojništvu ali proti nadzornemu odboru iz njihovega uradnega poslovanja narastle in voliti osebe, ki te zahteve zasledujejo;
- 7.) sklepati o razpustu blagajnice s pridržkom gospôskine pritrditve.

Pri volitvah k točkam 1, 2 in 6 zastopniki tvrdke ne glasujejo.

Obravnave vodi v nenavzočnosti teh tisti predsednik, ki ga voli glavni shod ali jeden tvrdkinih zastopnikov, katerega ona določi.

Ako glavni shod predstojništvu razbremenitev odbije, ustanovi se novo predstojništvo, katero gospodarjenje prejšnjega predstojništva preišče, če bi bilo treba proti temu tudi postavno postopa in o tem v prihodnjem občnem zboru poroča.

Glavni shod je sklepčen, ako je najmanj 20 odposlancev blagajniških članov navzočih. V slučaji, da se jih toliko ne snide, skliče se v štirih tednih drugi glavni shod z istim dnevnim redom, kateri pa je brez ozira na število navzočih sklepčen.

Sklepa se z absolutno večino oddanih glasov.

Pri enakoglasji odloči glas predsednikov.

### § 28. Posebne določbe o spremembi pravil.

Za sklepanje o spremembi pravil z izjemo postavno dopustnih sprememb doneskov in za sklepanje o razpustu blagajnice potreba je najmanj dve tretjini večine oddanih glasov.

Postavno dopustne spremembe potrebujejo le absolutne večine.

Za povišanje doneskov, ako pridejo na skrb zavarovanju podvrženim društvenikom, čez dva do tri odstotke pri preračunjenji bolniščine kot temelj postavljenega zasluzka v namen dopuščenja, da se najmanjše vplačilo čez postavo prekorači, kakor za znižanje doneskov ali za povišanje blagajnične oprave v § 18., točka 5, treba je, da tvrdka privoli, in da to povišanje v glavnem shodu, ne da bi tvrdkini zastopniki glasovali, odposlanci samosvojnih blagajničnih članov z absolutno večino sklenejo.

Z izjemo v § 47., pod točko 8 postave (glej § 18., oddelek 5 teh pravil) omenjenega slučaja, more se razmerje doneskov zavarovanju podvrženih društvenikov le tedaj članom na korist predrugačiti, ako tvrdka privoli in to v glavnem shodu, ne da bi zastopniki tvrdke glasovali, odposlanci samosvojnih blagajničnih članov z absolutno večino sklenejo.

### § 29. Rzsodišče.

Rzsodišče obstoji iz treh članov, katere voli glavni shod. Ti volijo izmed se načelnika. Člani rzsodišča ne smejo pripadati ne predstojništvu, ne nadzornemu odboru.

Rzsodišče sklepa:

- 1.) o prepirih, kateri nastanejo med zavarovanimi osebami in med blagajniškim predstojništvom;
- 2.) o pritožbah proti naredbam blagajniškega predstojništva, s katerim se društvenikom za poškodovanje blagajnice po potuanjenosti kazensko vzvišani donesek (glej § 15.) nalága.

Proti takim tožbam mora se vsak v štirinajstih dneh po vročbi odloka blagajniškega predstojništva oglasiti.

Razsodišče odloči s prosto večino glasov.

Ako izstopi kak član razsodišča pred pretekom svojega opravnega časa iz razsodišča, volijo preostali člani za ostalo opravilno dobo namestnika.

### § 30. Naznanila.

Vsa naznanila, ki zadevajo blagajnico, razglašajo se po nabitih oznanilih.

### § 31. Razpust obrtne bolniške blagajnice.

V slučaju blagajniškega razpusta se pričujoče premoženje najprvo porabi za poravnanje znabitnih dolgov, po tem tudi za podpore, katere člani po pravilih zahtevati smejo. Ostanek, dokler ta postavne mere založnega zaklada ne preseže, razdeli se razmerno med one bolniške blagajnice, v katere pristopijo pripadajoči člani razpuščene blagajnice.

Ako potem še kaj preostane, razdeli se to po razmerji vplačanih doneskov med društvenike.

Ako se prigodi, da za zahtevanje potrebnega imenja ni, mora obrtni podjetnik primanjkljaj dati.

### § 32. Državni nadzor.

Blagajnico nadzoruje državno nadzorništvo po e. kr. okrajnem glavarstvu v Kranji po razmerji postavnih določil.

Št. 5972.

Potrjeno v zmislu § 14 in 47 postave z dne 30. marca 1888, št. 33 drž. zak."

**C. kr. deželna vlada za Kranjsko.**

V Ljubljani, dné 28. maja 1889.

(L. S.) C. kr. deželni predsednik:  
Winkler s. r.

---

Št. 10.549.

Dostavek § 11. teh pravil se s tem odobrava.

**C. kr. deželna vlada za Kranjsko.**

V Ljubljani, dné 22. julija 1898.

(L. S.) Za c. kr. deželnega predsednika:  
Schemerl s. r.

---

Št. 3940.

Prememba § 9. teh pravil se s tem odobrava.

**C. kr. deželna vlada za Kranjsko.**

V Ljubljani, dné 25. marca 1905.

(L. S.) Za c. kr. deželnega predsednika:  
Schaffgotsch s. r.